Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 87 (2007)
Heft: 3-4

Artikel: Frau und Politik : Staatsskepsis ist nicht rückständig
Autor: Nef, Robert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-167748

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gebiet führt. In diesem Fall würde eine Flugbahn bis zur Ostküste mehr als 17'000 km betragen. Mit einer solchen Flugbahn könnten nur die Grossstädte an der amerikanischen Westküste getroffen werden. Mit der Sprengkraft von 4 bis 5 Megatonnen würde eine Stadt wie Los Angeles ausgelöscht. Sollten die Chinesen aber trotzdem die Bahn über den Nordpol wählen, dann würden auch New York und andere Städte der Ostküste getroffen. Durch den Zweitschlag könnten – sofern das amerikanische Abwehrsystem nicht funktionieren sollte – über 15 Millionen Menschen direkt getötet und weitere 45 Millionen Menschen verwundet werden. Die Kontamination würde sich über das gesamte Gebiet der USA und das östliche Kanada erstrecken.

Die Wirkung des amerikanischen Erstschlages würde auf zwei Voraussetzungen beruhen: Überraschung und Zerstörung im Ziel. Während der erste Faktor aufgrund des Einsatzes der U-Boot-gestützten Flugkörper im Pazifik weitgehend gegeben ist, muss der zweite Faktor aufgrund der Stellungen der chinesischen Silos mit einem Fragezeichen versehen werden. Wenn durch den amerikanischen Erstschlag nicht alle Silos vernichtet werden, dann müssen die Amerikaner mit einem chinesischen Gegenschlag rechnen, der für sie verheerend wäre.

Die Überraschung und die Zerstörung der chinesischen Silos sind nur dann möglich, wenn diese von der anderen Seite angegriffen werden. Diese Möglichkeit gibt es heute. Mit ihren B-52-Bombern, die über Afghanistan Einsätze fliegen, könnten die Amerikaner luftgestützte Marschflugkörper einsetzen, die mit nuklearen Gefechtsköpfen ausgerüstet sind und eine Reichweite von ça 3'000 km aufweisen. Eine andere Möglichkeit wären Stealth-Bomber B-2A, die von der Insel Diego Garcia starten, über Afghanistan nach Luoning fliegen und über den chinesischen Silos Freifallbomben mit einer Sprengkraft von bis zu 50 Kilotonnen abwerfen würden. In beiden Fällen wären Überraschung und Wirkung gesichert. Dieses Szenario ist auch ein Hinweis auf die Bedeutung Afghanistans, die dieses Land in der Geostrategie der USA einnimmt.

Die entscheidende Frage, die aufgrund der geschilderten Szenarien gestellt werden muss, lautet: Soll die politische Rivalität zwischen den USA und China tatsächlich durch einen Krieg mit Nuklearwaffen bewältigt werden? Angesicht der schwerwiegenden Probleme, mit denen die Menschheit konfrontiert ist, müsste es doch andere Lösungsansätze geben.

ALBERT A. STAHEL, geboren 1943, ist Titularprofessor für Strategische Studien an der Universität Zürich.

Frau und Politik

Staatsskepsis ist nicht rückständig

Robert Nef

Die Wahl- und Abstimmungsbeteiligung von Schweizer Frauen ist im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich, und sie soll seit den letzten Jahren sogar rückläufig sein. Wo liegen die Gründe? Gibt es tatsächlich auch nach zwei Generationen noch das «mangelnde Interesse für Politik» als Folge der späten Einführung des Frauenstimmrechts, oder haben wir eine neue Phase der Frauenemanzipation erreicht, in der viele Frauen selbstbewusst genug sind, um ihr aktives Desinteresse an der Politik offen zu deklarieren, es auch zu praktizieren und andere Prioritäten zu setzen? Das Rollenverständnis der Geschlechter ist seit je durch zahlreiche Vorurteile, Mythen und traditionell tief verankerte Klischees bestimmt, die grösstenteils jenseits der Politik liegen.

Die Frauenbewegung hatte das Ziel, jede Ungleichbehandlung der Frauen abzuschaffen, nötigenfalls um den Preis einer zusätzlichen Bevormundung aller durch egalitäre Zwangsvorschriften. Möglicherweise sind es heute ausgerechnet die wirklich emanzipierten Frauen, die das Gefühl der permanenten Benachteiligung abgelegt haben und für den verbissenen politischen Kampf um sogenannte «Frauenanliegen» kaum noch Verständnis aufbringen, sondern eher mit den Nachteilen hadern, die gut gemeinte Schutz- und Fördermassnahmen mit sich bringen.

Das Thema «Frau und Politik» verlangt zunächst eine Analyse dessen, was es dazu an Allgemeingültigem überhaupt zu bemerken gäbe. Der markanteste Schritt auf dem Weg der Frauenemanzipation war nicht das politische Frauenstimmrecht (das die Gesellschaft effektiv zwar etatistischer, aber nicht durchwegs frauen- und damit auch menschenfreundlicher gemacht hat), sondern die zivilrechtliche Vermögensfähigkeit, die uneingeschränkte Erbberechtigung und das Scheidungsrecht, sowie die Öffnung der Märkte, speziell der Arbeitsmärkte.

Der Feminismus des letzten Jahrhunderts ging davon aus, dass es einen Geschlechterkampf gebe, bei dem der Staat die Aufgabe habe, mehr Gleichberechtigung herbeizuführen. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Ungleichheiten sollten durch staatliche Zwangsvorschriften und durch Massnahmen im Erziehungsbereich beseitigt werden. Der Staat wurde als «Freund und Helfer» der Frauen gedeutet, kurz: mehr

Gleichberechtigung durch mehr Staat. Die Vorstellung, dass ein überregulierter Staat sich in vielen Fällen auch gegen die Interessen vieler Frauen wendet und dass mehr Markt und mehr Privatautonomie wirksamere Beiträge zum Abbau veralteter Klischees und Vorurteile leisten könnten als klagbare Rechte, hat sich erst in den letzten Jahren entwickelt.

Der Markt, auch der Arbeitsmarkt, bewertet im deregulierten Spannungsfeld von Angebot und Nachfrage ausschliesslich die Leistung. Wenn es zutrifft, dass Frauen – vor allem in einer Dienstleistungsgesellschaft – Gleiches oder sogar Besseres zu leisten imstande sind als Männer, wird jede erzwungene Gleichbehandlung überflüssig und kontraproduktiv, und möglicherweise wird sie schon in naher Zukunft zum Kampfinstrument von sich diskriminiert fühlenden abgewiesenen männlichen Stellenbewerbern. Jene Frauen, deren «Politik» einfach darin besteht, im komplexen Geflecht von Angeboten und Nachfragen so kreativ, produktiv und attraktiv wie möglich zu sein, sehen im kämpferischen Feminismus ein Relikt aus dem 20. Jahrhundert. Gefragt ist heute nicht der Kampfgeist, sondern die «soziale Phantasie» und das Einfühlungsvermögen in vorhandene und entstehende Bedürfnisse. Jene Anliegen, die die Frauen selbstbewusst ins partnerschaftliche und familiäre Netzwerk und in ihre Arbeitsverträge einbringen und dort aufgrund ihres faktischen Einflusses und ihres Verweigerungspotentials auch durchsetzen, sind die wertvollsten und wirksamsten Beiträge zur tatsächlichen Gleichberechtigung, die Gleiches gleich und Ungleiches nach Massgabe der Ungleichheit ungleich behandelt.

Viele Anliegen der Gleichberechtigung sind in der täglichen massgeschneiderten Praxis besser zu realisieren als über konfektionierte Gesetze, die sehr oft dem Einzelfall nicht gerecht werden. Vorurteile werden am wirksamsten dort bekämpft und überwunden, wo sie herstammen, nämlich im Alltagsbereich, der als «Sozio-Kultur» vor allem in der Kleingruppe und in der Familie anderen Gesetzmässigkeiten folgt als die politische Gemeinschaft. Das wirksamste Steuerungsmittel ist dort nicht der Zwang, sondern die Erziehung, die sich vor allem in der rollenprägenden Kleinkinderzeit fest in Frauenhänden befindet.

In Abwandlung eines 68er Spruchs könnte man sagen «Männer werden nicht als Machos geboren, sie werden zu Machos erzogen» – von wem eigentlich? Warum ist bei vielen Frauen trotz ihrer real existierenden (aber wenig genutzten) Schlüsselstellung bei der sogenannten Rollensozialisation der Glaube an die frauenbefreiende Staatsintervention so stark entwickelt? Warum erwarten sie ihr Heil vom Staat, der doch seinem Wesen nach mit seinem Zwangsmonopol und seinen hierarchischen Institutionen eher eine männliche Erfindung ist? Ich glaube nicht, dass die Frauen generell einen «natürlichen Hang» zum Sozialismus bzw. zur linken oder linksgrünen Politik haben. Es trifft zu, dass der militante Feminismus der 60er Jahre zusammen mit den Neolinken marschierte. Diese wurden aber von hellhörigen und feinfühligeren Genossinnen schon früh als ganz gewöhnliche Machos entlarvt.

Jene Anliegen, die die Frauen selbstbewusst ins partnerschaftliche und familiäre Netzwerk und in ihre Arbeitsverträge einbringen, sind die wertvollsten und wirksamsten Beiträge zur tatsächlichen Gleichberechtigung.

Die intensiven Erfahrungen, die viele Frauen in der Familiengemeinschaft sammeln können, dürfen und müssen, machen sie oft gegenüber Grossorganisationen, Machtgebilden und Hierarchien aller Art skeptisch. Sie interessieren sich nicht für kämpferische Auftritte auf der öffentlichen Bühne und bevorzugen massgeschneiderte, lebensnahe, praktikable Lösungen. Frauen haben durchschnittlich eine (empirisch nachgewiesene) höhere Begabung für sprachliche Kommunikation als Männer und sind daher für vertragliche und verträgliche Lösungen sozialer Konflikte stärker prädestiniert. Kurz, sie sind für eine Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips in Richtung «kleiner Netze» und aufgrund von Selbsthilfeorganisationen in hohem Mass geeignet, und sie sind weniger anfällig auf alle Spielarten des kollektiven Machbarkeitswahns.

Dies ist wohl einer der Hauptgründe der unter Frauen heute eher zunehmenden allgemeinen Skepsis gegenüber der «grossen Politik». Politik wirkt oft wie ein mehr oder weniger absurdes und lebensfernes Männerspiel, vergleichbar etwa mit dem Mannschaftssport. Eine Sitzverschiebung im Parlament und ein Regierungswechsel verändert das Leben der Frauen weniger als ein Wechsel in der Familie, am Wohnort oder am Arbeitsplatz. Ist es – aus liberaler und staatskeptischer Sicht – so daneben, wenn Frauen diesen Fragen mehr Zeit und Energie widmen?

Liberale Politik will, anstelle von Gewalt und Herrschaft, Vertrag und Konsens (wörtlich: übereinstimmendes Gefühl) ins Zentrum rücken. Und wer wäre berufener als Frauen, die Herrschaft dort zu entlarven, wo sie sich als allgemeinverbindlicher Zwang etabliert hat. «Ja zur Freiheit» bedeutet nicht einfach «Ja zum erbarmungslosen Wettbewerb», sondern «Ja zu jener spontanen Ordnung» als Resultat eines Dauerexperiments privatautonomer kleinerer und grösserer Vertrags- und Kommunikationsnetze. Wenn für immer mehr Frauen das Private Priorität erlangt und die Politik als bisweilen lächerliches Machtspiel durchschaut wird, so spricht das weniger gegen die Frauen als gegen die Politik als solche.